

Begrenzung der Mietsteigerungen

43. Sitzung des AGH - 5.März

Das ist die Priorität der Fraktion der Grünen unter dem Tagesordnungspunkt 20. – Für die gemeinsame Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Antrag stellende Fraktion der Grünen. Herr Otto steht bereits hier vorne und hat dann auch das Wort. – Bitte sehr!

Andreas Otto (Grüne):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir wollen, dass in dieser Stadt alle Berlinerinnen und Berliner zu vernünftigen Bedingungen wohnen können. Darum geht es.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Das wollen wir alle!]

Das ist das Ziel unserer Anträge. Wohnungspolitik muss sehr langfristig denken. Wir tun das. Genau dasselbe fordern wir vom Senat und eben auch von der Koalition ein.

[Beifall bei den Grünen]

Uns geht es um die sozialen Fragen. Und es geht uns um einen Wohnungsbestand, der zukunftsfähig ist. Klimaschutz, Barrierefreiheit – das sind die Aufgaben, die vor uns liegen und die nicht klein sind.

Die zwei Anträge, die heute Thema sind, sollen helfen, ungerechtfertigte Mietsteigerungen zu vermeiden oder zumindest zu begrenzen. Sicherlich wird uns die Senatorin wieder sagen: Eigentlich ist in Berlin alles in Ordnung. Wir haben viele leere Wohnungen. Jeder kann was finden. Es sei alles preiswert. – Aber, sehr geehrte Frau Junge-Reyer, der Wohnungsmarktbericht der IBB, jüngst erschienen, und auch die vorangegangenen Studien sagen uns: Die Mieten steigen. – Das wäre an sich noch gar nicht so ein großes Problem. Aber sie steigen schneller als die Einkommen. Und das macht das große Problem für diese Stadt aus.

[Beifall bei den Grünen]

Wir schlagen eine Bundesratsinitiative vor, die das Mietrecht verbessert im Sinne einer Mietpreisentwicklung, die ungerechtfertigte Erhöhungen vermeidet. Mit der Drucksache 16/1981 wollen wir Mietsteigerungen bei Neuvermietungen begrenzen. Die erneute Vermietung einer Wohnung kann doch nicht zur Folge haben, dass der nächste Mieter 50 Prozent mehr bezahlt, als die Vergleichsmiete laut Mietspiegel angibt, ohne Wertverbesserung, ohne zusätzlichen Nutzen, das wollen wir nicht.

[Beifall bei den Grünen]

Das Vergleichsmietensystem, im BGB niedergelegt, Mietspiegel ist ein Stichwort, hat an der Stelle eine Lücke. Es regelt nicht die maximale Miethöhe bei einem Neuabschluss. Das sehen wir als Problem. Genau da wollen wir heran.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Dann habt ihr aber den falschen Antrag gestellt!]

Auch eine Miete bei Neuabschluss muss nachvollziehbar und verhältnismäßig sein. Ich glaube, da können auch Sie, Herr Doering, zustimmen, gerade in einer Mieterstadt wie Berlin.

Dieser Antrag ist vom Dezember 2008. Im Januar hat die SPD eine Klausurtagung abgehalten. Genau zu dem Thema der Neuvermietung haben Sie einen Vorstoß verabredet. So konnte man es zumindest der Presse entnehmen. Wir wollen natürlich heute sehen, ob es sich um Pressemitteilungen oder um tatsächliche Programmatik der Sozialdemokratie handelt.

[Beifall bei den Grünen – Uwe Doering (Linksfraktion): Das heißt, Sie haben abgeschrieben von der SPD, oder was?]

Der Kollege Müller hat vorhin schon, als wir im Fernsehen waren, Interesse für unser Anliegen angedeutet. Ich werde mal sehen, wie sich das dann hier manifestiert.

Mietengesetzgebung ist aber natürlich nur ein Element sozialer Mietenpolitik. Ein anderes Element könnten die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sein, aber da habe ich nach wie vor Zweifel, weil der Senat nicht genau weiß, wer da wohnt, wie die Mieten zustande kommen und wie das da überhaupt läuft.

Und dann gibt es noch – auch das war in den letzten Tagen ein Thema – die Sozialwohnungen. Wir haben viele Wohnungen mit Sozialbindungen, die aber irgendwann alle zu Ende sind. Wir stehen, glaube ich, an einem Punkt, wo wir immer wieder nur konstatieren können, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus der letzten Jahrzehnte ist eine große – ich will jetzt hier kein Schimpfwort sagen –, ist ein großes Problem für Berlin, denn von Anfang an war klar, die Mieten, die dort als Kostenmieten vereinbart wurden, werden nicht erreicht. Wenn sich heute jemand den Mietspiegel anguckt, dann findet er eine Miete für ein Gebiet und dann will er eine Sozialwohnung mieten, weil er denkt, die ist irgendwie besser, und dann stellt er fest, sie kostet ein oder zwei Euro mehr. Das versteht kein Mensch in dieser Stadt.

[Beifall bei den Grünen – Beifall von Dr. Manuel Heide (CDU)]

Da fordern wir den Senat auf, legen Sie uns endlich was vor, wie wir diese Schwierigkeiten lösen, legen Sie uns endlich was vor, damit Leute, die eine Sozialwohnung brauchen und verdienen, diese auch zu einem vernünftigen Mietpreis bekommen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Doering! – Herr Otto möchte intervenieren und hat dazu die Möglichkeit. – Bitte!

Andreas Otto (Grüne):

Herr Doering! Das kann man ja so nicht stehen lassen. Sie sagen uns erst, dass Sie das Anliegen richtig finden, dann erklären Sie umständlich, warum alles nicht geht. Vielleicht kann man sich ein bisschen einigen. Also, wenn man schon hier, in diesem

Haus, sagt, eine Bundesratsinitiative hat wahrscheinlich überhaupt keinen Erfolg, dann frage ich, wie Sie in der Politik, auf der Landes-, auf der Bundesebene, etwas ändern wollen, wenn Sie hier so hasenfüßig argumentieren, lieber Herr Doering.

[Beifall bei den Grünen]

Ich bin ja immer für realistische Ansätze. Aber wenn man überhaupt nichts versucht, dann kann man sich auch keine Ziele mehr setzen. Das gerade wollen wir, wir wollen Ziele und die wollen wir angehen.

Sie haben noch einmal erklärt, wie das ist mit dem Wirtschaftsstrafgesetzbuch, mit den 20 Prozent. Sie wissen bestimmt auch – und der Mieterverein hat sich in der Vergangenheit auch entsprechende geäußert –, dass das in Berlin nicht zieht, weil die gesamte Gemeinde betrachtet wird.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Eben!]

Deshalb sagen die Gerichte, dass der Mensch, der in einem Bezirk in der Innenstadt nicht fündig geworden ist, dass der auch woanders wohnen kann. Das kann man so betrachten, aber wir halten das für schwierig. Wir wollen – das ist der Ansatz in dem Antrag –, dass das in das ganz normale Vergleichsmietensystem, wie es im BGB niedergelegt ist, integriert wird. Da muss das geregelt sein, wie Neuvermietungsmieten in die Vergleichsmieten eingehen. Genau das ist das Anliegen des Antrags.

[Beifall bei den Grünen]

Zu dem, was Sie von der Bezirksbürgermeisterin vorgetragen haben, würde ich annehmen, dass das noch schwieriger wird. Wenn Sie bei unserem Antrag schon sagen, dass er vielleicht keinen Erfolg hat, dann würde ich denken, bei dem anderen Anliegen, Mietgrenzen für bestimmte Bereiche, Kieze festsetzen zu wollen, da werden Sie auf noch größeren Widerstand stoßen. Deshalb: Entscheiden Sie sich für unseren Antrag, und stimmen Sie ihm zu! – Danke!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Otto! – Herr Doering möchte antworten und hat die Gelegenheit dazu. – Bitte!